

CDA



**Christlich Demokratische Arbeitnehmerschaft
Kreisverband Leipzig**

Leipzig, den 16. August 2007

An die
Vorsitzende der
CDU Leipzig
Frau Christine Clauß, MdL

Mitglieder des EKV z.K.
durch den CDU KV zu veranlassen

Betr.: Stadtwerkeverkauf

Sehr geehrte Frau Clauß,

die Mitglieder der CDA haben sich auf ihrer letzten Sitzung intensiv mit dem Thema Privatisierung/Verkauf von städtischen Firmen/Beteiligungen beschäftigt. Dabei ist deutlich geworden, dass uns viele Daten und Informationen zur sachgerechten Beurteilung dieses - so meinen wir – kommunalpolitisch sehr bedeutsamen Themas fehlen. Allemal sind wir der Auffassung, dass die CDU Kreispartei sich zu dem Thema eigenständig sachkundig machen und auch positionieren müsste. Nach unserem Kenntnisstand ist dies bisher nicht umfassend geschehen.

Insoweit bitten wir Sie, zunächst sicher zu stellen, dass vor einer abschließenden Entscheidung des Stadtrates eine Möglichkeit gefunden wird, zumindest die Mitglieder des Kreisvorstandes der CDU zu informieren.

Gleichzeitig erlauben wir uns, die uns bekannten Argumente und Überlegungen – zunächst ohne Wertung – zusammenzutragen. Um dabei möglichst schnell in einen positiv kritischen Dialog zu kommen, haben wir uns bewusst in die Rolle des „Bedenkenträgers“ begeben.

Wir haben bewusst uns nicht positioniert. (Ausnahme: Wassergewinnungsgebiete) Wir möchten eine sach- und fachkundige aber ergebnisoffene Diskussion und dann eine eigenständige Positionierung der CDU Leipzig erreichen.

Bitte entscheiden Sie, zu welchem Zeitpunkt dieses Schreiben an den EKV weitergereicht wird.

Ausgangslage:

These 1:

Die Stadt ist überschuldet und ist daher nicht mehr in der Lage ihren Verpflichtungen mittel- und langfristig nachzukommen.

Auf welchen gesetzlichen Grundlagen basiert diese Aussage und stimmt diese These überhaupt oder wird dies nur von der Kommunalaufsicht / Regierungspräsidium behauptet?

Wenn die Aussage stimmt, gibt es weitere Möglichkeiten zur Entschuldung?

These 2:

Die Diskussion um den Verkauf des städtischen Anlagevermögens ist insbesondere durch die Entschuldung Dresdens mit dem Verkauf des dortigen Wohnungsbestandes verstärkt worden. Die Entscheidung in Dresden stand u. a. auch unter der Problematik, dass die dortigen Wohnungsbaugesellschaften nicht über die notwendigen Investitionsmittel verfügten, um den Wohnungsbestand zeitnah zu sanieren und zu modernisieren. Die Situation in Leipzig ist vergleichbar. Auch die LWB verfügt offenkundig nicht über die notwendigen Mittel. In Leipzig kann dieser Weg aber nicht eingeschlagen werden, da der gegenwärtige SPD OBM im Wahlkampf zugesagt hat die LWB – bzw. Teile davon - nicht zu verkaufen.

Würde durch den Verkauf ein enormer Investitionsschub ausgelöst und damit dem Handwerk erhebliche Aufträge zufließen? Zusätzliche Arbeitsplätze wären die Folge.

Selbst unterstellt es würde auf Sicht zu Mietpreiserhöhungen kommen – was beim gegenwärtigen Markt eher schwierig durchzusetzen wäre – würden beim finanziell schwächeren Bevölkerungsteil die Aufwendungen von den Kosten der Unterkunft aufgefangen und diese wiederum vom Bund mitfinanziert werden. Wurde dies gerechnet?

Warum muss die CDU die Wahlkampfversprechen der SPD einlösen?

These 3:

Mögliche Risiken bei einer Veräußerung der Stadtwerke

1. Finanzen

Durch den Verkauf und die geplante Tilgung des städtischen Darlehens von ca. 250 Mio. € durch die LVV wird es dann nicht mehr zu einer jährlichen Zahlung an den Stadthaushalt in Höhe von 13 Mio. € kommen. Dieser Betrag muss jährlich neu durch die Stadt aufgebracht werden.

Durch den geplanten Verkauf kommt es zu einem Steuernachteil von ca. 5 Mio. €/a. Dieser Betrag muss zusätzlich jährlich neu erwirtschaftet werden.

Durch eine andere Tarifgestaltung ist eine weitere Reduktion der Konzessionsabgabe denkbar. Somit könnte der städtische Haushalt in der weiteren Entwicklung geringere Einnahmen erhalten.

Der neue Investor könnte das weitere Wachstum der Stadtwerke behindern und somit einen Wettbewerber in seinem Markt ausschalten – damit könnten die zukünftigen Erträge merklich

niedriger als bisher geplant ausfallen. Dieses Schicksal hat etwa die Enviam und ihre kommunalen Anteilseigner erlitten.

Durch den Wegfall der hälftigen Ausschüttung der Stadtwerke an die LVV kommt es somit nicht nur zu einem Entfall der Zahlungen an den städtischen Haushalt sondern auch noch zu geringeren Zahlungen an die LVB. Somit erscheinen weitere Preissteigerungen der LVB zwingend oder aber die Stadt übernimmt die Kosten. Welche Rechenwerke liegen dazu vor?

Auch die Stadtwerke benötigen für die Weiterentwicklung Investitionsmittel bzw. weiteres Kapital. Wenn dies von der Kommune nicht aufgebracht werden kann, wird aus der nach Verkauf 51 % Beteiligung sehr schnell eine Minderbeteiligung. Wie kann dies langfristig verhindert werden? Oder ist dies gewollt?

2. Preisentwicklung

Die Stadtwerke liegen nach eigenen Angaben bei den Strompreisen im ostdeutschen Mittelfeld und bei den Fernwärmepreisen in der unteren Hälfte der günstigsten Preise in Ostdeutschland. Privatisierte Stadtwerke sollen die höchsten Energiepreise in Deutschland verlangen (z.B. Stuttgart oder Düsseldorf) – auch die enviam ist teurer als die Stadtwerke.

3. Arbeitsplätze

Nach der Fusion der WESAG aber auch die Anteilsübernahme der Mitgas haben zu einem deutlichen Arbeitsplatzabbau in Markkleeberg und Gröbers geführt. Vergleichbare Effekte gab es in Berlin bei der Privatisierung der Bewag an Vattenfall.

Bei einem angenommenen Entfall von 100 Stellen, also ca. 10 % der Stellen, wären ca. 100 Familien arbeitslos und ca. 10 % der Lohnsumme, also ca. 5 Mio. €, würden in der Region als verfügbares Einkommen fehlen.

4. Wertschöpfung in der Region

Die Stadtwerke haben über eine Mrd. € in den letzten 15 Jahren investiert und davon über 70 % in der Region beschafft. Durch externe Investoren könnten Synergieeffekte in einem größeren Verbund hergestellt werden und nennenswerte Ausschreibungsvolumina nicht mehr in der Region vergeben werden. Bei dem Wegfall von 50 Mio. € an Aufträgen/a käme es somit zu einem Wegfall von 1.000 Arbeitsplätzen in der Region bei einer angenommenen Wertschöpfung von 50.000 €/Arbeitsplatz.

5. Stadtentwicklung

Im Rahmen der Vorgaben der Bundesnetzagentur lohnen sich Netzinvestitionen sehr häufig nicht mehr. Somit sind Neuanschlüsse entweder sehr teuer oder unterbleiben. Damit könnte die Versorgungssicherheit als auch eine sinnvolle städtische Entwicklung z.B. bei Neubaugebieten, wirtschaftlichen Ansiedlungen oder dem geplanten Stadtumbau o.ä. gefährdet sein.

6. Umwelt

Ohne eine enge Kooperation mit den Stadtwerken sind die kommunalen Vorgaben zur Erreichung der Klimaschutzziele kaum möglich. Auch die zukünftigen notwendigen

städtebaulichen Veränderungen zur Erreichung einer Senkung der CO₂-Emissionen bis zu 80 % bis 2050 erscheinen ohne den umfassenden Einfluss auf die Stadtwerke extrem schwer.

7. Sponsoring

Die Stadtwerke versuchen mit einer Vielzahl von Maßnahmen Leipzig lebenswerter zu gestalten. Am Beispiel Mannheim kann nachvollzogen werden, dass bei einer Privatisierung das Sponsoringvolumen deutlich reduziert werden könnte.

These 4 Strategische Überlegungen

1. Durch den weiteren beabsichtigten anteiligen Verkauf der LVV verliert die Stadt ihre Mehrheitsbeteiligung an den Stadtwerken. Welche rechtlichen und steuerrechtlichen Auswirkungen hat dies?

2. Unterstellt man sei

- überschuldet und man muss
- Anlagevermögen verkaufen,

ist es dann wirklich sinnvoll das Anlagevermögen, mit dem man gestalten und politisch steuern kann (Beteiligungen) zu vermarkten oder ist es nicht sinnvoller das im Grunde „stille Anlagevermögen“ (Wohnungsbestand) zu verkaufen? Wobei eine bestimmte Größenordnung bei der Kommune verbleiben sollte.

3. Die künftigen Klima- und Umweltprobleme sind offenkundig. Die Energiefrage wird insbesondere für das energiearme Deutschland für dieses Jahrhundert das zentrale politische Thema sein. Die Stadt Leipzig wird mit dem Verkauf Einfluss- und Gestaltungsmöglichkeit verlieren. Ist das wirklich politisch gewollt und im Interesse der Bürger sinnvoll?

4. Mit dem weiteren Verkauf der LVV werden auch Teile der Wasserwerke und damit Wassergewinnungsgebiete veräußert.

5. Was soll mit dem „eingekommenen Geld“ geschehen? Bisher stand der Schuldenabbau im Vordergrund. Laut letztem Interview des OBM sollen erhebliche Mittel in ein Investitionsprogramm fließen. Bereitet die CDU hier nicht das Bett für den nächsten SPD OBM Wahlkampf vor?

Dieser Brief soll innerhalb der CDU Leipzig zu einer ergebnisoffenen Diskussion anregen.

Bei einem angesprochenen Thema haben wir uns allerdings eine feste Meinung gebildet: Nach Auffassung der CDA gehört die **Wassergewinnung** (abzugrenzen von Wasserverteilung) eindeutig und grundsätzlich – ähnlich wie Luft und Sonne - in den öffentlichen Bereich und sollte auf keinen Fall privatisiert werden.

Mit freundlichen Grüßen

Matthias von Hermanni
Vorsitzender

PS: Der Bürgermeister Ole von Beust hat den Verkauf der HEW an Vattenfall als großen Fehler bezeichnet. Wie beurteilt der EKV eine solche Einschätzung?

PPS: Stimmt es, dass Dresden über den Rückkauf von Stadtwerkeanteilen nachdenkt?